

Redebeitrag Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz bei der Kundgebung zum Tag der Menschenrechte am 9. Dezember 2021 in Mainz

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gründet auf zwei wesentlichen Lehren der Geschichte, auf die sie selbst in ihrer Präambel Bezug nimmt:

1. Lehre: „Die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte hat zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen.“

2. Lehre: „Die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen bildet die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.“

Die von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten zu verantwortende Politik, die an den EU-Außengrenzen zu der furchtbaren Situation geführt hat, von der heute schon viele hier berichtet haben, ist mehr als nur ein Versuch, Menschenrechte zu teilen oder zu relativieren. Sie ist ein offener Bruch der Europäischen Union - des Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2012 - mit den Menschenrechten. Männer und Frauen, Brüder und Schwestern, Eltern und Kinder bezahlen diesen Menschenrechtsbruch mit dem Leben: auf dem Mittelmeer, auf der Balkanroute, auf den griechischen Inseln, an der polnisch-belarussischen Grenze.

Der Umgang der Europäischen Union mit den Menschen an den Rändern und vor den Toren Europas ist ein Akt der Barbarei, der das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen muss. Ihr entgegenzutreten ist deshalb Pflicht eines jeden Menschen, der an die angeborene Würde und die gleichen, unveräußerlichen Rechte aller Menschen glaubt! Und es ist deshalb wichtig und gut, dass wir heute Abend deutlich erneut machen: Wir hören nicht auf, uns zu empören und wir fordern ein Ende der Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte durch die Europäische Union.

Das vorausgeschickt bin ich gebeten worden, ein paar Wort dazu zu sagen, was die neuen Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag im Hinblick auf die Situation an den EU-Außengrenzen und darüber hinaus im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik vereinbart haben und was das aus unserer Sicht mit Rheinland-Pfalz und der rheinland-pfälzischen Landeregierung zu tun hat.

Vier Dinge will ich nennen:

1. Der Koalitionsvertrag kommt im Hinblick auf die **Situation an den EU-Außengrenzen** im Wesentlichen nicht über Beileidsbekundungen und altbekannten Verweisen auf die europäische Ebene hinaus.

Nur ein Beispiel: Fast 300 Städte und Gemeinden bundesweit, 15 in Rheinland-Pfalz - und Mainz gehört dazu - haben sich zu sicheren Häfen erklärt und damit ihre Bereitschaft bekundet, Flüchtlinge aufzunehmen, die vor den Toren und an den Grenzen Europas im Elend gestrandet sind. Im Koalitionsvertrag findet sich weder eine Würdigung dieser Bereitschaft noch ein einziger Gedanke dahingehend, wie der Bund diese kommunale Aufnahmebereitschaft nutzen oder wenigstens möglich machen will.

Dieser Geringschätzung konkreter Hilfsbereitschaft könnte und müsste die Landesregierung entschieden entgegenreten, indem sie ganz Rheinland-Pfalz zum sicheren Hafen für Flüchtlinge erklärt und das durch konkrete Aufnahmezusagen untermauert.

Das führt mich zu Punkt 2:

2. Im Hinblick auf die **Situation der Menschen, die noch in Erstaufnahmestaaten** wie z.B. Libyen, dem Libanon oder der Türkei **oder Krisengebieten** wie insbesondere Afghanistan **ausharren müssen**, hat die Koalition immerhin vereinbart, verstärkt Aufnahme im Wege des Resettlement betreiben sowie – zunächst im Hinblick auf Afghanistan - ein dauerhaftes eigenes Bundesaufnahmeprogramm auflegen zu wollen.

Das sind Maßnahmenabsichten, die wir begrüßen. Denn solche sicheren und legalen Zugangswege können verhindern, dass noch mehr Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken oder vor den Toren Europas erfrieren. Der Umfang dieser Programme wird aber maßgeblich auch davon abhängen, welche Aufnahmebereitschaft die Länder gegenüber dem Bund signalisieren. Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren immer wieder erklärt, mehr Flüchtlinge aufnehmen zu können und aufnehmen zu wollen, wenn nur der Bund entsprechende Wege eröffnen würde.

Das deutet sich jetzt an und wir erwarten von der rheinland-pfälzischen Landesregierung, dass sie ihre Bereitschaft zur sogenannten „überquotalen Aufnahme“ im Rahmen des Resettlements und des Bundesaufnahmeprogramms jetzt zeitnah und verbindlich bei der neuen Bundesregierung hinterlegt.

3. Im Bundes-Koalitionsvertrag vereinbart haben die Regierungsparteien auch verbesserte **Bleiberechtsregelungen für langjährig Geduldete**. Insbesondere sollen Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten, damit sie in dieser Zeit die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erfüllen können.

Das ist - obwohl eine solche Regelung stichtagsunabhängig nach drei Jahren eine sehr viel besser gewesen wäre - ein grundsätzlich positiver Ansatz. Er droht aber ins Gegenteil verkehrt zu werden, wenn diejenigen, die von dieser Regelung profitieren könnten, nicht mit sofortiger Wirkung vor der Abschiebung geschützt werden.

Weil absehbar ist, dass einzelne Ausländerbehörden versuchen werden, schnell noch harte Abschiebefakten zu schaffen, ehe die Regelung tatsächlich beschlossen und in Kraft gesetzt wird, erwarten wir von der Landesregierung, dass sie - wenn der Bund selbst das nicht tut - die Betroffenen über eine *Vorgriffsregelung* verlässlich vor der Abschiebung schützt.

4. Ganz grundsätzlich: Die Absichtserklärung der neuen Bundesregierung, in der **Migrations- und Integrationspolitik einen Paradigmenwechsel** vollziehen zu wollen, wird nach unserer Auffassung durch eine Reihe konkreter Maßnahmenabsichten – ich nenne Er-

leichterungen beim Bleiberecht und der Einbürgerung, die Möglichkeit des Spurwechsels, Fristverkürzungen bei der Niederlassungserlaubnis, Ausweitung des Familiennachzugs, Erleichterungen bei der Identitätsklärung - untermauert. Sie müssen aber erstens noch verbindlich beschlossen und zweitens dann auch umgesetzt werden.

Und zwar von den Ausländerbehörden und den Einbürgerungsbehörden. Die aber sind bundesweit und auch in Rheinland-Pfalz derzeit in einem desaströsen Zustand und zum Teil schon jetzt nicht mehr arbeitsfähig - wegen der Pandemie, wegen Unterbesetzung, wegen hoher Fluktuation, wegen des Arbeitsklimas

Wir wissen von Ausländerbehörden in Rheinland-Pfalz, bei denen Klient*innen seit fast einem Jahr keinen Termin mehr bekommen, die Anfragen von Betroffenen oder Berater*innen nicht mehr beantworten, Anträge nicht mehr annehmen, Anträge nicht mehr bescheiden. Mit fatalen Folgen für die Betroffenen: Aufenthaltstitel erlöschen, Arbeitsplätze gehen verloren, Leistungsansprüche können nicht geltend gemacht werden.

Fast egal, was an positiven Dingen im Koalitionsvertrag steht: Solange sich dieser Zustand nicht ändert, wird es nichts werden mit dem angekündigten Paradigmenwechsel, weil schlichtweg keine Verwaltungsstrukturen mehr existieren, die ihn - selbst bei gutem Willen - umsetzen könnten. Hier sind die Kommunen, ist aber auch die Landesregierung gefragt. 2016/17, als die Ausländerbehörden Teil der „nationalen Kraftanstrengung Rückführung“ sein sollten, gab es Programme der Landesregierung zur „Ertüchtigung“ der Ausländerbehörden.

Jetzt, wo es darum gehen soll, einen Paradigmenwechsel zu vollziehen, ist die rheinland-pfälzische Landesregierung erneut gefragt und in der Pflicht. Sie muss durch alle erdenklichen Unterstützungsmaßnahmen dazu beitragen, dass die Ausländer- und Einbürgerungsbehörden im Land wieder arbeitsfähig und Teil des Paradigmenwechsels werden können. Dazu braucht es Geld, Fortbildung und klare Handlungsrichtlinien durch Rundschreiben und Erlasse.

Ich will es dabei im Hinblick auf den Koalitionsvertrag belassen und mit der Bemerkung schließen: für die Menschen, für die wir uns auch heute und hier einsetzen, weil wir von der angeborenen Würde aller Menschen und von der Unteilbarkeit der Menschenrechte überzeugt sind, wird sich nur dann etwas zum Positiven ändern, wenn unser Einsatz und wenn der Druck auf die politisch Verantwortlichen in Bund, Land und Kommune nicht nachlässt. Danke deshalb an euch alle, dass ihr heute hier seid!